

Haushaltsrede 2017

Es gilt das gesprochene Wort.

Rede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion im Regionalverband Saarbrücken, Volker Schmidt, zum Haushalt 2017, am 15. Dezember 2016

Sehr geehrter Herr Regionalverbandsdirektor,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

wie im letzten Jahr, haben sich auch 2016 die Fraktionen darauf verständigt, die Haushaltsreden relativ kurz zu halten. Das tue ich dann auch - relativ.

Kollege Gillo hat die Zahlen der Einzelhaushalte ja bereits genannt und die - teilweise ziemlich großen Ausgabesteigerungen - auch begründet. Wir als SPD-Fraktion haben in diesem Jahr bewusst darauf verzichtet, Kürzungen am Haushaltsentwurf vorzunehmen.

Im letzten Jahr haben wir gemeinsam mit der CDU versucht, die Ausgaben um knapp 4 Millionen - primär im Jugendamtshaushalt - zu reduzieren, in der Hoffnung, dass sich dies auch realisieren ließe. Leider hat sich diese Hoffnung nicht realisiert. Ich betone ausdrücklich: Dies ist nicht Schuld des Jugendamtes. Die pflichtigen Auf- und Ausgaben steigen kontinuierlich. Es war einfach nicht machbar. Kollege Gillo hat ja bereits den enormen Ausgabenanstieg im Bereich des Jugendamtes ausführlich begründet. Ich gehe später noch auf einen Punkt gesondert ein.

Dieser Punkt bietet sich auch geradezu an, auf die Äußerungen einiger Bürgermeister im Kooperationsrat zu sprechen zu kommen. Wenn auch im Ton moderat vorgetragen, erschließt sich mir die Positionierung der Bürgermeister- ich unterstelle mal, Herr Redelberger hat für alle geredet-, überhaupt nicht.

Wenn ich ihn richtig verstanden habe, hält er unser kommunales Selbstverwaltungsgesetz – zumindest was die Kreisebene angeht – für falsch. Es scheint aus seiner Sicht von Übel zu sein, dass nicht sie, die Bürgermeister, sondern die demokratisch gewählten und somit auch demokratisch legitimierten Mitglieder der Regionalversammlung über den Regionalverbandshaushalt entscheiden.

In der Konsequenz hat er eigentlich nichts anderes gesagt, als dass die Welt viel besser wäre, wenn die Bürgermeister und nicht die Mitglieder der Regionalversammlung über den Haushalt entscheiden würden.

Einmal abgesehen davon, dass mir eine derart vorgetragene Arroganz von Bürgermeistern „gehörig auf den Zeiger geht“, sollte man den Herren Redelberger und Kollegen dringendst eine zeitnahe Lektüre des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes

anraten. Auch in seiner eigenen Gemeinde hat er selbstverständlich nicht die Haushaltshoheit. Er ist ausführendes Organ, ob ihm das nun schmeckt oder nicht.

Erst vor ein paar Tagen haben wir hier im Schloss die Freiherr vom Stein - Medaille an verdiente Kommunalpolitiker verliehen. Herr Redelberger war anwesend. Hätte er den Worten der Laudatoren aufmerksam gelauscht, hätte er möglicherweise auf seine Ausführungen im Kooperationsrat verzichtet.

Die meisten Kolleginnen und Kollegen der Regionalversammlung, die ja alle nicht im „Wolkenkuckucksheim“ , sondern in einer regionalverbandsangehörigen Kommune leben und oftmals dort auch in den Räten sitzen, kommen ihrer gesetzlichen Haushaltsverantwortung sehr verantwortungsbewusst nach.

Ich finde es ist gut, dass wir auch auf der kommunalen Ebene eine „Gewaltenteilung“ haben und dass für Bürgermeister das Inkompatibilitätsgebot gilt. Ungeachtet dessen finde ich auch die inhaltlichen Ausführungen völlig widersprüchlich und in sich nicht schlüssig.

Auf der einen Seite sollen Aufgaben gebündelt werden - was für mich logisch ist - und auf der anderen Seite würde das alles besser auf kommunaler Ebene erledigt.

Nun, was denn jetzt? Sollen die Gemeinden jetzt wieder eigene Sozialämter und Jugendämter aufbauen? Ist das die neue interkommunale Zusammenarbeit? Ich will das nicht weiter vertiefen, sonst wird das nix mit dem „kurz fassen“.

Nun haben die Kommunen im Kooperationsrat eine Klage gegen den Regionalverband in den Raum gestellt, um irgendwas gerichtlich prüfen zu lassen. Was genau gerichtlich geprüft werden soll, habe ich, zugegebener Maßen, nicht verstanden.

Nun, die Gerichte anzurufen, steht selbstverständlich in einem Rechtsstaat jedem frei. Aber was soll das? Das ist ja jetzt keine neue Erfindung. Von Gemeinden in anderen Kreisen wurden die Gerichte schon mehrfach bemüht. Mir ist nichts bekannt, was im Ergebnis die Gesamtsituation der kommunalen Finanzsituation verbessert hätte. Es ist doch Unsinn, sich in der kommunalen Familie gegenseitig zu „kannibalisieren“.

Ich habe wirklich absolutes Verständnis für die Kolleginnen und Kollegen in den Räten der Kommunen. Sie sind gezwungen, in Tausend- teilweise auch in Hundert-eurobereichen schmerzhaft Einsparungen vorzunehmen. Und dann steigt die Regionalverbandsumlage um mehrere Hunderttausend bzw. mehrere Millionen an und damit ist jede Einsparbemühung zunichte gemacht. Das ist in der Tat nicht nur absolut frustrierend, es ist demotivierend.

Aber daran ist doch nicht der Regionalverband bzw. die Regionalversammlung schuld. Wir sind doch hier, so zu sagen, auch nur die Boten. Die Schuld, wenn man überhaupt von Schuld reden kann, liegt doch woanders. In zweiter Linie beim Land. Aber wirklich nur in zweiter Linie. Da ich ja auch Landespolitiker bin, weiß ich nur zu gut, dass auch auf Landesebene im tausender Bereich eingespart werden muss.

Ich will jetzt hier nicht auf die Themen Schulden und Schuldenbremse eingehen, aber die Fakten sind die Fakten. In erster Linie liegt die Schuld aber beim Bund.

Nur weil es in unserer Republik struktur- und finanzstarke Kommunen und Kreise gibt, kann der Bundesfinanzminister doch nicht davon ausgehen, dass dies überall in der Republik so ist. Wenn zum Beispiel beim zukünftigen Bund-Länder-Finanzausgleich seinen Vorstellungen gefolgt worden wäre, müsste das Saarland die rund 500

Millionen, die es ab dem Jahre 2020 jährlich bekommt, komplett zur Schuldentilgung einsetzen. Damit käme bei den Kommunen von dem Geld kein einziger Cent an.

Gleichzeitig bleiben wir mit den steigenden Lasten im Bereich Betreuen und Versorgen der Kinder und Jugendlichen und der Senioren weiter alleine gelassen. Hier liegt doch das Problem.

Ich rufe nochmals in Erinnerung. Fast 13 Millionen Steigerung im Bereich Jugendamt, fast 5 Millionen im Bereich Sozialamt, primär im Bereich "Hilfe zur Pflege". Nimmt man die Steigerung im Haushalt der KdU dazu, dann sind es mehr als 6,5 Millionen in diesem Bereich. Alles mit steigender Tendenz.

Das sind Finanzlasten, die zukünftig nicht mehr an der kommunalen Familie hängen bleiben dürften.

Das Gebot der Gleichheit von Lebensverhältnissen in unserem Staat wird hier massiv verletzt. Es kann und darf nicht von der Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene, der Kreise, abhängen, ob die quantitative und qualitative Ausgestaltung von Kitaplätzen etc. ausreichend und gut ist oder eben nicht. Das Gleiche gilt für die Versorgung und Betreuung unserer Seniorinnen und Senioren und unserer pflegebedürftigen Mitmenschen.

Zum letztgenannten Punkt habe ich bereits in meinen letzten und vorletzten Haushaltsreden einiges ausgesagt. Ich könnte jetzt einfach darauf verweisen. Das tue ich aber nicht, alleine schon deshalb nicht, weil man das Thema nicht oft genug öffentlich diskutieren kann.

Im letzten Jahr bin ich auf die steigenden Ausgaben im Bereich Hilfe zur Pflege eingegangen und habe die Auffassung vertreten, dass dies keine kommunale sondern eine gesamtgesellschaftliche und damit gesamtstaatliche Aufgabe ist.

Hilfe zur Pflege mussten bei der seinerzeitigen Konzeption des Gesetzes nur einige wenige in Anspruch nehmen. Es war sozusagen ein individuelles Risiko, das im Bedarfsfall vom Sozialstaat aufgefangen wurde. Heute handelt es sich bei der Pflegebedürftigkeit, insbesondere bei den sog. eingeschränkten Alterskompetenzen, im Klartext - bei Demenz, nicht um ein individuelles Risiko einiger Weniger.

Wissenschaftler gehen z.B. davon aus, dass das Risiko ab dem 80. Lebensjahr in irgendeiner Form dement zu werden, 50% und mit weiteren Lebensjahren prozentual ansteigend ist. Dass die Versorgung und Betreuung der Betroffenen über die Strukturen der "normalen" Sozialhilfe nicht zu leisten ist, liegt auf der Hand.

Gleichsam ist es aber die Aufgabe des Staates, die Betreuung und Versorgung ergänzend zu finanzieren. Aber eben Aufgabe des Staates und nicht der kommunalen Familie.

Ich könnte alleine zu diesem Thema noch eine Stunde reden, ohne alle Fakten genannt zu haben. Heute ist das aber der falsche Platz. Aber ich schlage vor, dass wir dies zum Thema in einer erweiterten Kooperationsratssitzung machen. Das wäre dann auch ein Thema, das auch diesem Kooperationsrat ein bisschen inhaltliches Leben einhauchen würde.

„Herr Direktor, vielleicht sollten Sie das dort mal vorschlagen“.

Dort würde ich meine Überlegungen gerne auch mal vortragen, das würde uns vielleicht sogar weiterbringen, als uns gegenseitig zu verklagen.

Das zweite Thema, der zweite Punkt, bei dem massive Kostensteigerungen zu verzeichnen sind, ist der Jugendhilfehaushalt. Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen schon gesagt, dass ich auf einen Punkt noch zu sprechen kommen werde.

Wir alle, die Gesellschaft, will, dass unsere Kleinen, dass unsere Kinder qualitativ hochwertig betreut werden. Und wir wollen, dass dies in einer quantitativ ausreichenden Form geschieht.

Es gibt eine bundesgesetzliche Garantie, dass jede/r, die/der einen Krippenplatz in Anspruch nehmen möchte, eben auch die Garantie hat, einen solchen zu bekommen. Davon sind wir - theoretisch jedenfalls - weit entfernt. Eine solche gesetzliche Garantie gibt es - meines Wissens - für Kita bzw. Kiga - Plätze nicht. Was natürlich eigentlich Schwachsinn ist. Wenn 100% ihren hundertprozentigen Anspruch auf Krippenplätze wahrnehmen würden, müsste dann ein Großteil von diesen Eltern ab dem dritten Lebensjahr ihrer Kinder diese wieder zu Hause betreuen und damit ihren Job aufgeben. Hört sich ziemlich verrückt an, nun ja - ist ja auch verrückt.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass in der ganzen Sache hier keine Logik steckt. Wir denken das Alles viel zu sehr vom Geld her.

Die Gesellschaft, wir, müssen doch endlich mal klipp und klar sagen, was wir eigentlich wollen. Wir können doch nicht auf der einen Seite den Fachkräftemangel beklagen und gleichzeitig auf der anderen Seite nur absolut inkonsequent die Voraussetzungen schaffen, damit alle unsere gut qualifizierten und gut ausgebildeten weiblichen und männlichen Eltern auch tatsächlich dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen können.

Soviel Beklopptheit ist doch eigentlich nicht zu fassen.

Was bedeutet das für uns hier!?

Für uns bedeutet dies, dass wir so viele Betreuungsplätze für unsere Kinder wie irgend möglich zur Verfügung stellen müssen.

Das ist eine volkswirtschaftliche, aber auch eine soziale Notwendigkeit.

Aber - das kostet Geld. Nicht nur für die Errichtung der Gebäude, sondern nachhaltig auch für den Betrieb derselben.

Und in welcher Qualität und Quantität diese Einrichtungen realisiert werden, kann in der Tat nicht abhängig sein von der finanziellen Leistungsfähigkeit der jeweiligen kommunale Ebene.

Auch dies ist eine gesamtstaatliche Aufgabe und muss deshalb auch vom Bundesstaat finanziert werden.

Und noch eins zu diesem Thema:

Es ist zu erkennen, dass immer mehr junge Leute ihre Kinder wieder lieber in einem Kindergartenplatz unterbringen wollen, als in einer Kindertagesstätte. Um konservativen Kreisen, die es ja auch vereinzelt in dieser Regionalversammlung geben soll, die Illusion zu nehmen: Das ist kein neuer Trend. Das hat ausschließlich was mit "Geld" zu tun. Der Durchschnitt unserer Arbeitnehmer/innen verdient halt keine Millionen. Da sind 300,- € bis 400,- € im Monat für einen Kita-Platz schon wirklich viel Geld, auch für eine mittelständische Familie.

Ich kann dieses Thema heute leider aus Zeitgründen ebenfalls nicht vertiefen.

Eines will ich abschließend hierzu aus meiner Sicht dennoch klar sagen:

Meines Erachtens müsste der Besuch der vorschulischen Einrichtungen weitgehend kostenfrei sein. Vielleicht durchaus auch einkommensgestaffelt.

Auch dieses Thema, sehr geehrter Herr Regionalverbandsdirektor, könnte ja mal ein Thema für den Kooperationsrat sein. Die Menschen, um die es hier geht, wohnen ja in aller Regel nicht auf dem Schlossplatz, sondern in den Kommunen, deren Bürgermeister uns verklagen wollen. Vielleicht würde sie das Befassen mit inhaltlichen Fragestellungen mal auf andere Gedanken bringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen glaubhaft versichern: Als ich anfang mich mit meiner Haushaltsrede zu befassen, war ich fest entschlossen, mich kurz zu fassen. Ich habe mir gedacht: Was willst du eigentlich viele Worte verlieren. Es ist halt leider so, wie es ist. Aber, als ich mir einige Gedanken über die zwei Themenbereiche gemacht habe, über die ich eben sprach, wurde mir klar: Es ist zwar alles schlimm, aber das müssen wir ändern!

Wenn auch wir im Regionalverband Saarbrücken finanziell arm sind, gilt dieser Befund nicht für unseren gesamten Staat.

Und deshalb muss der Staat für gleich gute Lebensverhältnisse überall in der Republik sorgen. Das heißt: Er muss in die Finanzierung eintreten, wie auch immer das vonstattengehen kann.

Dafür müssen wir gemeinsam, parteiübergreifend, im Sinne unserer Bürgerinnen und Bürger, kämpfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Die SPD-Fraktion wird selbstverständlich dem Haushalt zustimmen.

Den Antrag der Linken, 15.000,- Euro zusätzlich für Arbeitslosenberatung in Burbach einzustellen, lehnen wir ab, wie schon im Regionalverbandsausschuss. Für Arbeitslosenberatung ist die Arbeitsagentur bzw. das Job-Center zuständig.

Der Gegenfinanzierungsvorschlag ist ja nun auch Populismus hoch drei.

Abschließend möchte ich mich, auch im Namen meiner Fraktion, bei Ihnen, Herr Regionalverbandsdirektor Gillo, bei den Dezernenten Werner Jenal und Arnold Jungmann und bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ganz herzlich für die gute Zusammenarbeit bedanken.

Ich wünsche uns allen noch besinnliche Adventstage, schöne Festtage, einen Guten Rutsch ins neue Jahr und vor allem Gesundheit.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

